

# Geldsegen für die Meinungsmännchen

Unter Verschwörungstheoretikern sind hartnäckige Kritiker des Rundfunkbeitrags zu finden. Sie sehen darin ein staatliches Zwangssystem mit dem Ziel der Massenmanipulierung. Seite 21

Fotos: dpa/Fredrik von Erichsen, 123rf/Dmytro Demianenko

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Sonnabend/Sonntag, 20./21. Dezember 2014

69. Jahrgang/Nr. 296

Bundesausgabe 2,00 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### 50 Jahre und nicht weise

Klaus Joachim Herrmann  
über eine Politik der Sanktionen

»Die Sanktionen sind aus bestimmten Gründen verhängt worden, und sie können nur durch den Wegfall dieser Gründe aufgehoben werden«, resümiert Bundeskanzlerin Angela Merkel ultimativ die unversöhnliche Brüsseler Haltung gegenüber Russland. Das ist die fast wortgleiche Wiederholung der Verheißung – auch ihres – einstigen DDR-Staatschefs Erich Honecker. Dieser hatte ausgerechnet das Jahr 1989 Aufsehen erregend mit dem Satz eingeleitet, die Mauer werde so lange stehen, wie »die dazu vorhandenen Gründe nicht beseitigt sind«. So könne sie in 50 oder 100 Jahren noch da sein.

Die Denkweise scheint dieselbe zu sein. Wenn auch die »bestimmten Gründe«, an die Kanzlerin Merkel und die EU denken, im Falle Russlands nicht so bald fallen dürften wie einst die Mauer. Da ist eben nicht nur Präsident Putin, sondern sind unversöhnlich vertretene, brutal widerstrebende Interessen vor. Die bedürften, weil die bedingungslose Kapitulation Russlands auszuschließen ist, des Ausgleichs in Verhandlungen.

Die Zahl 50 kommt wieder ins politische Spiel. Denn genau so viele Jahre quälten sich die USA bis zur Einsicht, dass nicht einmal die Totalblockade einer widerständigen Karibikinsel zum Erfolg führt. Die Super- und westliche Führungsmacht selbst will aus ihrem Fehler nicht klug werden. Warum sonst treibt sie Sanktionen voran und legt sich dafür ein neues Gesetz bereit? Der Weise aber lernt aus den Fehlern anderer. Europa sollte das tun.

## UNTEN LINKS

Mit dem Kapitalismus, liebe Freunde des gesellschaftlichen Fortschritts, mit dem Kapitalismus geht es bergab. Und zwar rasant. Man kann das daran erkennen, dass er nicht mehr in der Lage ist, der Bevölkerung Waren und Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen. Beispielsweise Schnee, den man in einer ordentlich funktionierenden Überflusgesellschaft ja wohl spätestens ab Anfang Dezember in rauen Mengen erwarten dürfte. Statt dessen: nix. Trübe Aussichten verkündet der Staatswetterdienst, und jetzt wäre es an der Zeit, dass die Bundeskanzlerin in einer Regierungserklärung endlich zugibt, was jeder sieht: Zumindest bei der Schneeverorgung kommt es derzeit zu unüberwindlichen Engpässen und Rhythmusstörungen. Das gehört sich so in einer Mangelwirtschaft. Von wegen: Der Markt regelt alles. Der Markt ist auch nicht mehr das, was er mal war. Höchstens noch der Weihnachtsmarkt. wh

## Blöde Kuh

Bauern und Gewerkschafter protestierten in Brüssel gegen EU-Spitzenpolitiker



Landwirte machten das Europaviertel in der EU-Hauptstadt Brüssel zeitweise dicht.

Foto: Reuters/Pascal Rossignol

Brüssel. Mit ihrem frühzeitig abgeschlossenen Gipfeltreffen in Brüssel haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Kollegen im Europäischen Rat eine Demonstration von Bauern, Gewerkschaftern und Nichtregierungsorganisationen ins Leere laufen lassen. Das D 19-20-Bündnis hatte es sich zum Ziel gesetzt, die 28 EU-Staats- und Regierungschefs Freitagmittag im Brüsseler Europaviertel zu umzingeln. Da Ratspräsident Donald Tusk das Treffen jedoch schon am Donnerstagabend für beendet erklärt hatte, kam es nicht.

Protestiert wurde trotzdem. Zunächst hatten sich 1200 Menschen auf drei Blockade-

punkte verteilt. Um die EU-Kommission und den EU-Ministerrat kam es zu einem Verkehrschaos. An der Abschlussdemonstration beteiligten sich etwa 2500 Personen.

Zahlreiche Landwirte unterstützten die Blockaden mit ihren Traktoren. Sie zündeten auch große Strohballen an, in einem davon steckte ein Bild von Merkel, die als treibende Kraft des europäischen Sparkurses gesehen wird. Parallel zu den Blockaden besetzten zwei Gruppen von je etwa 100 Aktivisten die Büros der Lobbyverbände »Business Europe« und »Food-Drink Europe«. Damit wandten sich die Demonstranten auch gegen die geplanten Frei-

handelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (Ceta).

Ein großes Polizeiaufgebot begleitete die Proteste, Wasserwerfer standen bereit. Das D 19-20-Bündnis knüpfte mit den Aktionen an Proteste des Vorjahres an und mobilisierte erneut Gewerkschafter, Landwirte, Globalisierungskritiker und Nichtregierungsorganisationen u.a. aus Frankreich, Deutschland und den Niederlanden. Auch eine Delegation des Blockupy-Bündnisses war in Brüssel, um auf die geplanten Proteste gegen die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main am 18. März aufmerksam zu machen. nd Seiten 2 und 6

## Neues Radar für ausrangierte »Eurofighter«?

Beschaffungsprojekt zeugt von anhaltendem Chaos bei der Bundeswehr

Im Verteidigungsministerium hat der Jahresendwettbewerb im Verschleudern von Steuergeld begonnen. Die Luftwaffe setzt Maßstäbe. Siehe »Eurofighter« und A 400 M-Transporter.

Von René Heilig

Die Luftwaffe plant, die Tranchen 2 und 3a des Kampfflugzeuges »Eurofighter« mit einem neuen sogenannten AESA-Radar nachzurüsten. Das Gerät benötigt weniger Raum als das derzeit verwendete Gerät, man spart Gewicht, das Radar ist leistungsfähiger und robuster. Dafür wird man mehrere 100 Millionen Euro ausgeben. Allein im kommenden Jahr sind 500 Millionen für die Entwicklung eingeplant.

So weit, so gut – wenn man auf Rüstung steht. Doch selbst dann müsste den Experten auffallen, dass es für die 2021 verfügbaren Geräte kaum Flugzeuge geben wird. Laut Vertrag hatte zwar je-

der »Eurofighter« – Stückkosten um die 130 Millionen Euro – eine garantierte Lebensdauer von mindestens 6000 Flugstunden. Bei der Auslieferung halbierte sich diese Anzahl jedoch und im Frühjahr 2014 kam dann ein Warnruf des multinationalen Herstellerkonsortiums. Es habe Verarbeitungsfehler gegeben, daher garantiere man nur für 1500 Stunden – ohne den Preis zu vierteln.

Bis zur (geplanten) Einsatzreife des neuen Radars vergehen also noch sechs Jahre. Pro Jahr, so sagt die Luftwaffe, wird man pro Jet durchschnittlich 150 Flugstunden absolvieren. Für den sogenannten Zielbetrieb mit 140 Luftfahrzeugen habe man gar einen Bedarf von jährlich 200 Stunden. Mit Hilfe profaner Multiplikation kommt man also auf durchschnittlich 600 bis 1200 Flugstunden. Addiert man die bisher abgeflogenen Stunden jedes der bislang bereits eingesetzten »Eurofighter« der Tranche 2 – von

den 110 der Tranche 3 ist vertragswidrig noch nicht eines ausgeliefert –, so kommt man zu dem erstaunlichen Ergebnis, dass ein Gutteil der Jets im Jahr 2021 be-

»Nach einem Jahr hat Ursula von der Leyen noch immer keine Transparenz in die Rüstungsgeschäfte gebracht.«

Michael Leutert, Haushälter, Linksfraktion

reits ausrangiert sein müsste oder zumindest kurz vor der Außerdienststellung steht. Allein 16 Jets hatten schon im November über 500 Stunden »auf den Tacho«, weitere 16 mehr als 400 Stunden.

Der Linkspartei-Haushaltsexperte Michael Leutert fragt daher: »Was will die Luftwaffe mit

einem Radar, für das es kaum Flugzeuge gibt?« Oder liebäugelt die Bundeswehr schon jetzt heimlich mit zusätzlichen »Eurofighter«-Bestellungen? Generell beklagt Leutert: »Nach einem Jahr im Amt hat Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) noch immer keine Transparenz in die Rüstungsgeschäfte bringen können.«

Ein weiterer Sorgenvogel der Deutschen Luftwaffe, der erste von 58 Kampfflotten-Transportern A400M von Airbus Defence&Space. Er ist am Freitag am Heimatstandort beim Lufttransportgeschwader 62 in Wunstorf gelandet. Mit einer Verspätung von über drei Jahren. Die Freude in von der Leyens Ministerium ist verhalten. Zahlreiche Nachbesserungen stehen an. Bislang kann der Transporter weder Fallschirmjäger noch Lasten absetzen und von Kriegs- und Krisengebieten muss man die Maschine mangels Selbstschutzausrüstung fernhalten.

## Amazon-Streiks bis Heiligabend

Ver.di verschärft Arbeitskampf / Jeder Fünfte boykottiert Versandriesen

Berlin. Jeder fünfte Deutsche will nicht mehr bei Amazon einkaufen. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der Kommunikationsberatung Faktenkontor. Grund sind Vorwürfe von der Gewerkschaft ver.di, der Versandriese nutze seine Mitarbeiter aus. Demnach wollen 16,9 Prozent der Deutschen, die 2014 bei Amazon Produkte bestellt hatten, wegen der Vorwürfe nicht mehr bei Amazon kaufen. Insgesamt sind die schlechten Arbeitsbedingungen für 20,9 Prozent der Deutschen ein Grund, zukünftig auf Einkäufe bei dem Händler zu verzichten.

Derweil verschärft ver.di den Arbeitskampf bei Amazon. Neben dem Standort in Graben (Bayern) wird der Streik über diesen Samstag hinaus in Bad Hersfeld, Leipzig und Rheinberg (NRW) verlängert. An vier Standorten soll bis zum 24. Dezember nicht gearbeitet werden. Der Streik in Werne (NRW) soll nach der Spätschicht am Samstag enden.

Die Gewerkschaft will bei Amazon einen Tarifvertrag zu den Konditionen des Einzelhandels durchsetzen. Das Unternehmen lehnt das kategorisch ab. dpa/nd Seite 20

## Ukraine nimmt Kurs auf die NATO

Gesetz zum Ende der Blockfreiheit / Sanktionen gegen Russland bleiben

Kiew. Trotz der Warnungen Russlands treibt die Ukraine ihren Beitritt zur NATO voran. Präsident Petro Poroschenko brachte einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Blockfreiheit ein. Die Waffenruhe blieb brüchig. Zu Wochenbeginn werden in Minsk neue Friedensgespräche erwartet. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier versuchte in Kiew, deren Beginn am Sonntag zu erreichen.

Europa hält inmitten von Russlands Wirtschaftskrise an Sanktionen fest. Der EU-Gipfel in Brüssel machte Donnerstagabend deutlich, dass dies nur ein Einlenken von Russlands Präsident Wladimir Putin ändern könne. Nach dem Scheitern eines Milliardenengeschäfts zwischen dem russischen Gazprom und dem Chemiekonzern BASF wurde das auch bei dem von RWE geplanten Verkauf der Öl- und Gasfördertochter Dea an einen russischen Investor befürchtet.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow kritisierte scharf das von US-Präsident Barack Obama unterzeichnete Gesetz für neue Sanktionen gegen Russland. Agenturen/nd

## Fritz Rudolf Fries verstorben

Der Schriftsteller und Übersetzer wurde 79 Jahre alt

Berlin. Der Schriftsteller Fritz Rudolf Fries ist tot. Er verstarb am 17. Dezember in Berlin, wie »nd« aus der Familie erfuhr. Fritz Rudolf Fries, am 19. Mai 1935 in Bilbao, Spanien, geboren, hat schon als Kind, als er mit seiner Mutter 1942 nach Leipzig kam, andere Sprachwelten mitgebracht. Seine Romane lebten vom Spiel mit Gedanken und Sprache. Als Autor funkelnder Prosa mit Anklängen an Proust, Joyce und Kafka veröffentlichte er von 1966 bis 2013 rund 20 Bücher. Sein Debüt »Der Weg nach Oobliadooh« über eine rebellische Jugend konnte nur im Westen erscheinen, er verlor seinen Arbeitsplatz in der Akademie der Wissenschaften und wurde einer der wichtigsten Übersetzer spanischer und lateinamerikanischer Literatur in der DDR. Krank war er schon lange, zuletzt nach Aussagen seiner Tochter fast gelähmt. Nach zahlreichen Texten und Essays ist von ihm am 15. Dezember im »nd« noch ein großer Artikel über den US-amerikanischen Autor Thomas Pynchon erschienen. igu Seite 9

ISSN 0323-3375

